

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Breitband

Bildungsmonitor

PKW-Maut



Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Breitbandausbau ist zurzeit in aller Munde. Im Kreis Warendorf verfügen von insgesamt 121.137 Haushalten nur rund 51.090 über die Möglichkeit des schnellen Internets von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s). Das sind 42,2 Prozent der Bevölkerung. Die aktuellen Zahlen offenbaren, dass es in den einzelnen Gemeinden zum Teil noch

schlechter aussieht. In Beelen, Drensteinfurt, Ostbevern und Sendenhorst haben lediglich zwei Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner einen schnellen Internetzugang mit einer Übertragungsrate von 50 Mbit/s oder schneller. Im Vergleich dazu haben beispielsweise 91 Prozent der Haushalte in den Städten Aachen und Düsseldorf eine derartige Breitbandversorgung. Hier muss die Landesregierung schnellstmöglich für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen.

Schnelles Internet ist mittlerweile als Grundversorgung einzustufen und genauso wichtig wie Gas, Wasser oder



Bild: (escapechen/pixelio.de)

Strom. Zudem ist es unverzichtbare Voraussetzung für Unternehmen und wird vor Ort immer wichtiger im Standortwettbewerb um junge Familien und kluge Köpfe.

Während Bayern bis zum Jahr 2017 rund 2 Milliarden Euro in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur stecken will, investiert Nordrhein-Westfalen gerade einmal 9 Millionen Euro jährlich. Hier muss die Landesregierung endlich handeln und nicht immer nach Förderprogrammen und Mitteln des Bundes rufen oder die Kommunen belasten.

Ihre

Astrid Birkhahn

Homepage erstrahlt im neuen Look

In der politischen Sommerpause wurde auch gearbeitet - und zwar an der Website von Astrid Birkhahn:

www.astrid-birkhahn.de

Wie gefällt Ihnen der neue Anstrich? Anregungen, Kritik und auch Lob sind willkommen.



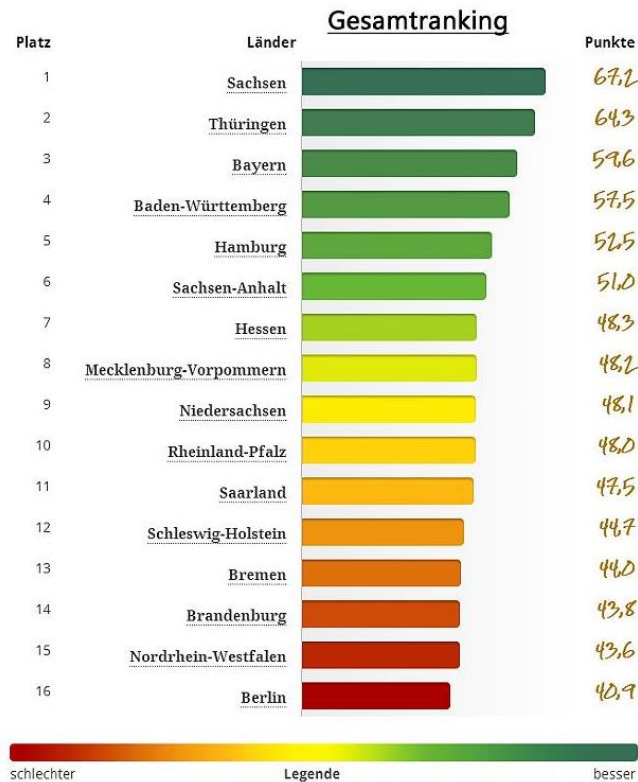
Schlechtes Zeugnis für Frau Kraft und Frau Löhrmann

Nordrhein-Westfalen ist bei einem Bildungsvergleich auf den vorletzten Platz unter allen Bundesländern abgerutscht. Im „Bildungsmonitor 2014“ des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) belegt NRW nur noch Platz 15 - nach Platz 13 im vergan-

genen Jahr. Das Institut hatte insgesamt 93 Bildungsindikatoren ausgewertet. Auf dem allerletzten Platz landete NRW bei den Betreuungsbedingungen in Schulen und Hochschulen sowie in der beruflichen Bildung mit zu vielen Suchenden.

„Die Ergebnisse des Bildungsmonitors 2014 vom Institut der deutschen Wirtschaft stellen Frau Kraft und Frau Löhrmann ein schlechtes Zeugnis aus“, sagt Bildungspolitikerin Astrid Birkhahn. In dem aktuellen Ländervergleich belege das NRW-Bildungssystem nach Medienberichten nur den vorletzten Platz aller Bundesländer und sei damit gegenüber dem Vorjahresvergleich weiter abgerutscht. Birkhahn: „Das zeigt, die Bildungschancen unserer Kinder werden im bundesweiten Vergleich weiter verschlechtert.“

Während Frau Löhrmann in ihrer Schuljahresauftrittspressekonferenz am vergangenen Freitag noch gute Stimmung vermitteln wollte, kommt nun 48 Stunden vor Beginn des neuen Schuljahres der Realitätsschock. In sieben von insgesamt 12 Handlungsfeldern liegt Nordrhein-Westfalen in dem aktuellen Bildungsmonitor unter dem Bundesdurchschnitt: Vor allem bei der Ausgabenpriorisierung, der Betreuungsrelation, der Beruflichen Bildung, der Schulqualität und der Bildungsarmut liegt Nordrhein-Westfalen erneut deutlich unter dem Durchschnitt.



Gesamtranking des Hochschulmonitors 2014: Nordrhein-Westfalen rangiert auf dem vorletzten Platz. insm-bildungsmonitor.de

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Vom 10. bis 12. September kam das Plenum zu den ersten Sitzungen nach der Sommerpause zusammen. Entsprechend lang war die Tagesordnung. Kontrovers wurde vor allem über den **Nachtragshaushalt** der Landesregierung diskutiert. Aufgrund des Urteils zur Beamtenbe-



soldung wächst die insgesamt Neuverschuldung um 800 Millionen Euro auf insgesamt 3,2 Milliarden Euro an. In einem eigenen Antrag sprach sich die CDU-Landtagsfraktion gegen die Einführung der **PKW-Maut** auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen aus (siehe Artikel Seite 4). Zudem debattierte der Landtag darüber, wie Nordrhein-Westfalen am besten Verantwortung übernehmen kann, um **Flüchtlingen vor Krieg und politischer Verfolgung Schutz zu bieten**. Zudem forderte die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung dazu auf, im Rahmen der **Neuerung der Bauordnung NRW** alle Hindernisse und **Beschränkungen für das Bauen mit Holz abzubauen** und dem Landtag noch im Jahr 2014 einen Entwurf der Novellierung der Bauordnung vorzulegen. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche unter: www.landtag.nrw.de.

Die Stadt Münster mit den Kosten der Unwetterkatastrophe nicht allein lassen

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn setzt sich zusammen mit ihren Kollegen aus dem Münsterland sowie der Bundestagsabgeordneten Sybille Benning und dem CDU-Kreisvorsitzenden Josef Rickfelder (Münster) für die Unterstützung der Menschen nach der Unwetterkatastrophe ein. Ein entsprechender Antrag wurde vorbereitet und in der vergangenen Plenarwoche diskutiert.

Darin fordern sie das Land Nordrhein-Westfalen auf, der Stadt Münster und den vom Unwetter betroffene-



Unwetter sorgen in weiten Teilen des Münsterlandes für schwere Schäden. (Bild: Josef Türk jun._pixelio.de)

nen Münsterland-Kommunen schnell und unbürokratisch Soforthilfe zukommen zu lassen. Es könne nicht sein, dass Länder wie Bayern und Sachsen bei vergleichbaren Katastrophen unmittelbare Soforthilfen zur Verfügung stellen - und das Land NRW zeichne sich durch Nichtstun aus, so Birkhahn.

Während die CDU-Landesregierung nach dem Sturm Kyrill 2007 mit 110 Mio. Euro Soforthilfe leistete, passiere bei Rot-Grün folgendes: die Regierungschefin lässt sich nicht sehen, vom Land erscheint zwei Wochen später und erst nach ausdrücklicher Aufforderung ein Minister in Nadelstreifen und rät den Betroffenen, sie mögen doch Kredite aufnehmen.

Das Land NRW muss den durch die Unwetterkatastrophe betroffenen Kommunen finanziell helfen – keine Kommune kann alleine die Folgekosten solch einer Katastrophe schultern. Daher erwarten die Münsterland-Abgeordneten eine Soforthilfe des Landes. Finanziert werden kann das unter anderem aus dem ersparten Landesanteil an den Fluthilfen des Bundes.

Für künftige vergleichbare Katastrophenfälle muss das Land eine Regelung zur Katastrophenhilfe erarbeiten und dem Parlament zur Beschlussfassung vorlegen, fordern die Abgeordneten in ihrem Antrag: <http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-6633.pdf>

Astrid Birkhahn begrüßt Senioren Union Kolpingsfamilie aus Oelde im Landtag NRW



20 Personen der Kolpingsfamilie aus Oelde waren am 10. September 2014 zu Gast im Landtag Nordrhein-Westfalen. In der Diskussion mit der Landtagsabgeordneten Astrid Birkhahn Die Gäste aus Oelde wollten von der Abgeordneten wissen, wie die Oppositionsarbeit im Landtag NRW aussieht. Birkhahn erklärte, dass die Opposition die Aufgabe habe, die Regierung zu

kontrollieren und damit eine Wächterfunktion übernehmen. Als konkretes Beispiel nannte sie die erfolgreiche Klage der Oppositionsfraktionen vor dem Landesverfassungsgericht zum Haushalt und der Beamtenbeholdung. Birkhahn erläuterte die Wichtigkeit der Haushaltskonsolidierung, gerade mit Blick auf die zukünftigen Generationen. „Bereits zwei Mal scheiterte Rot-Grün vor dem Verfassungsgericht mit ihrer Schuldenpolitik. Auch die Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten in NRW wurde vor kurzem erst wieder für verfassungswidrig erklärt. Dies ist auch ein Erfolg für die Opposition“, so Birkhahn.

Auch Themen aus dem Kreis Warendorf kamen in der Debatte nicht zu kurz. So betonte Birkhahn, dass der vom Maschinenbau geprägte Kreis Warendorf die Weltwirtschaftskrise gut überstanden hat.

CDU verhindert Gehaltserhöhung für Landesregierung



Die CDU konnte die Gehaltserhöhung der Landesregierung verhindern. (Bild: Siegfried Fries_pixelio.de)

Achthundert Millionen Euro – um diese stolze Summe wird die Neuverschuldung von NRW im laufenden Jahr zusätzlich steigen. Der Kreditbedarf des Landes wächst so von ursprünglich geplanten 2,4 auf 3,2 Milliarden Euro, ein Nachtragshaushalt kommt.

Trotz anhaltender Haushaltssperre wollte sich das Kabinett von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine nicht unbedeutende Gehaltserhöhung genehmigen. Demnach sollten die Minister künftig rund 400 Euro, die Ministerpräsidentin rund 500 Euro mehr pro Monat erhalten. Nach massivem Druck der CDU-Landtagsfraktion verzichtete das Kabinett auf eine Gehaltsanhebung. Die CDU hatte neben dem öffentlichen Druck vor allem auch durch die Erarbeitung eines Änderungsantrags zum Besoldungsanpassungsgesetz die Landesregierung zum schnellen Handeln und Zurückrudern gedrängt. „Während in der Staatskanzlei für Gäste im Zeichen der Haushaltssperre nur Leitungswasser ausgedient wird, wollten sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, ihre Minister und Staatssekretäre einen ordentlichen Schluck aus der Gehaltsflasche genehmigen. Wein trinken und Leitungswasser ausschenken. Das geht jedoch gar nicht. Dass wir dieses unsägliche Verhalten stoppen konnten, ist ein Erfolg. Der Imageschaden und die Unglaubwürdigkeit dieser Regierung steigen indes immer weiter“, kommentierte Astrid Birkhahn den Vorgang. Bei Klick auf das [Nachtragshaushaltsgesetz 2014](#) gelangen Sie zu dem Gesetzentwurf im Internet.

Landesregierung sorgt für Wettbewerbsnachteile bei heimischer Wirtschaft

Die NRW-Landtagsfraktion hat ihr Nein zu den Maut-Plänen von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) für alle Straßen bekräftigt und einen Antrag zusammen mit der FDP-Landtagsfraktion ins Plenum eingebracht. (Link: <http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-6631.pdf>). Für die zusammenwachsenden Lebens- und Wirtschaftsräume, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen bisher kennen, wäre die Maut fatal, heißt es im Antrag. In unseren Nachbarländern Luxemburg, Belgien und den Niederlanden hat sie zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Das Konzept des Bundesverkehrsministers hat insbesondere in Nordrhein-Westfalen eine breite öffentliche Kritik von Seiten der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Einzelhandels und der Kommunen erfahren. Aus diesem Grund soll sich die Landesregierung auf Bundesebene und bei einem Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat gegen die Einführung einer Pkw-Maut wie im vorgelegten Konzept aussprechen.



PKW-Maut auf den Straßen in NRW? Die CDU und FDP im Landtag NRW sprechen sich dagegen aus. (Bild: Th. Reinhardt_pixelio.de/pixelio.de)

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de